

Hochschulzugang: Die Politik wird zum Drama

Ja zu Aufnahmebedingungen in Massenfächern sagt die zuständige Ministerin. SP, Grüne und Audimaxisten wollen stattdessen mehr Geld. De facto gibt's weder das eine noch das andere. – Willkommen im Reich der Farce.

Christoph Badelt*

Die Diskussion über den freien Hochschulzugang ist wieder voll entbrannt. Laut Wissenschaftsministerin wird es in den Massenstudien ohne Zugangsbeschränkungen nicht gehen. SPÖ, Grüne und „Audimaxisten“ sind empört. Die Lösung des Problems liege in mehr Geld für die Unis, Zugangsbeschränkungen seien untragbar und würden Proteste „der“ (welcher?) Studierenden auslösen. Wieder ist eine Runde in einem unendlichen Spiel eingeleitet. In der Praxis gibt es weder Geld noch eine geordneten Zugang. Übrig bleiben die

überlasteten Unis und die dort inkribierten Studierenden.

Dazu das Fallbeispiel der zweitgrößten Universität Österreichs, der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), einer spezialisierten Universität mit mehr als 26.000 Studierenden; Sie bietet nur zwei Bachelorstudien an, allerdings zählen beide Studien zu den überlasteten Massenstudien, interne Umschichtungsmöglichkeiten von unterausgelasteten zu überlasteten Studien gibt es daher nicht.

Erster Akt des Dramas: Die jüngste Novelle zum Universitätsgesetz schreibt den „freien“ Hochschulzugang fest: Die Universität muss jeden Maturanten zum Studium zulassen, und das gilt für alle Bürger/innen aus der EU, also auch aus Deutschland. Ferner rühmt sich die Regierung, eine „Studieneingangsphase“ verpflichtend vorzuschreiben (die es an der WU schon vor der Gesetzesänderung gab); allerdings: Diese dient nur der Orientierung. Prüfungen, die die Zahl der Studierenden an die vorhandenen Kapazitäten anpassen, sind ausdrücklich verboten! Wenn aber aufgrund des Andrangs ausländischer Studie-

render die Studienbedingungen „unvertretbar“ werden, dann kann die Regierung die Universität ermächtigen, Zulassungsverfahren einzuführen. Nach der Logik des Gesetzes gibt es den Fall nicht, dass aufgrund der Zahl der inländischen Studierenden die Studienbedingungen unvertretbar sind – den Fall gibt es halt nur in der Praxis, aber eben nicht im Gesetz.

2. Akt des Dramas: Im Zuge der Leistungsvereinbarungsverhandlungen zwischen Ministerium und Universität werden genaue Kapazitätsrechnungen angestellt und festgeschrieben: Die WU hat für 1.300 Bachelor-Absolventen pro Studienjahr Platz; und das in einer Situation, wo bereits 323 Studierende auf eine/n Professor/in kommen. Bei den meisten Lehrveranstaltungen im 1. Studienjahr werden „Gruppengrößen“ von 300 Studierenden angenommen. Wahrlich ein Luxus!

3. Akt des Dramas: Die Anfängerzahl im Wintersemester steigt dramatisch, unter anderem (aber nicht nur) wegen des starken Wachstums der deutschen Studierenden. Für das gesamte laufende Studienjahr zeichnen sich Anfängerzahlen von bis zu 7.000 Personen ab. Das übersteigt die Kapazitäten bereits um mehr als das Fünffache (!). Die WU stellte daher im November einen Antrag, ein geordnetes Zulassungsverfahren einführen zu dürfen. Wird ihr das nicht erlaubt, dann müssen schon mehr als 80 Prozent der Studierenden in den ersten Semestern wieder „hinausgeprüft“ werden. Denn es gibt für sie keinen Platz, aber eine offizielle Auswahl in der Studieneingangsphase, die sich an den Kapazitäten orientiert, ist verboten.

4. Akt des Dramas: Seit einiger Zeit gibt es Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern über die Genehmigung des WU-Antrags. Offizielle Rückfragen zum Antrag gibt es nicht. Doch dann wird der WU von der SPÖ-Wissenschaftssprecherin über die Zeitung ausgerichtet, dass eine



Wie beschränkt ist die Verteidigung des freien Uni-Zugangs? – Rektor Badelt: „Dieses System ist nur mehr zynisch, asozial und ineffizient.“ Foto: Corn

Genehmigung des Antrags nicht in Frage käme. Der Antrag sei rechtswidrig, was durch ein Gutachten, das man der WU bislang nicht einmal gezeigt hat, bestätigt sei. Und überdies ginge es nicht an, dass die WU eine „Eliteuniversität“ werden wolle, vielmehr habe sie ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Was zweifellos stimmt. Allerdings steht dahinter ein seltsames Verständnis einer Eliteuniversität: Wenn eine Uni, bei der jetzt schon mehr als 300 Studierende auf eine Professorenstelle kommen, sich dagegen wehrt, noch mehr Studierende, aber nicht mehr Personal zu bekommen, dann droht nach dem Verständnis der SPÖ-Wissenschaftssprecherin die Gefahr, sie könnte zur „Eliteuniversität“ werden. Jetzt wissen die Unis endlich, was man bei uns unter „Elite“ versteht. Und weiters: Offensichtlich haben die österreichischen Unis zwar einen öffentlichen Auftrag, nur die Politik hat keine Verpflichtung, die Erfüllung dieses Auftrags zu finanzieren.

5. Akt des Dramas: Der liegt noch in der Zukunft: Wahrscheinlich werden weiterhin alle politischen Kräfte, die keine Finanzverantwortung haben, mehr Geld für die Unis verlangen, während gleichzeitig die Regierungsspitze Pläne zur Budgetsanierung vor-

legt. Für die WU müsste nur zur Herstellung von durchschnittlichen Betreuungsrelationen in Österreich (121 Studierende pro Professor/in) die Zahl der Professorenstellen fast verdreifacht werden (von 68,8 Stellen auf rund 200 Stellen). Und dazu müssten entsprechende Büro- und Lehrräume finanziert werden, also etwa eine Verdreifachung des Budgets von derzeit rund 100 Millionen Euro. (vom Anspruch, auch „Spitzenforschung“ zu betreiben, um beim nächsten internationalen Vergleich gut abzuschneiden, ganz zu schweigen.) Und ähnliches müsste für die anderen überlasteten österreichischen Unis passieren. Und da dieses Geld nicht da ist,

werden die Audimaxisten weiterhin den freien Hochschulzugang verlangen, die SPÖ wird ihn „mit Erfolg“ verteidigt haben und ein paar Tausend junge Menschen werden jährlich an der WU aufgenommen werden, um dann in einer Sequenz von Multiple-Choice-Prüfungen während eines Zeitraums von bis zu zweieinhalb Jahren wieder aus der WU hinausgeprüft zu werden. Dieses System ist weder „liberal“ noch „sozial“ – es ist nur mehr zynisch, asozial und ineffizient.

*Christoph Badelt ist Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien.

HANS RAUSCHER

Die Politik des Für-blöd-Haltens



Derzeit dominiert bei uns das Sich-blöd-stellen, beziehungsweise andere für blöd halten. Einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

Der Rechnungshof erklärt den Assistenzseinsatz des Bundesheeres – schwer bewaffnete junge Männer kontrollieren im Grenzland Kellerfenster und Autotüren – zu einer immens teuren (zwischen 12 und 30 Millionen Euro) und so gut wie sinnlosen Maßnahme. Die Regierung, vom Kanzler abwärts, will diese Geld- und Ressourcenverschwendung trotzdem beibehalten, denn sie „erhöhe das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“. Krasser kann man die populistische Scheinpolitik unserer Regierung gar nicht darstellen. Um die Summen könnte man 270 Polizeibeamte anstellen, aber die Regierung stellt sich blöd und hält die Bevölkerung für blöd.

Ein verwandtes Thema ist die Diskussion um Erstaufnahmezentren für Asylwerber. Der gesunde Menschenverstand und die Meinung von Experten sagt einem, dass es organisatorisch besser, sozialverträglicher und humaner wäre, dutzende kleinere Zentren einzurichten statt große Lager, wo schon die beabsichtigte Architektur an die Dreißigerjahre erinnert. Die Innenministerin gibt zu, dass sie solche Großlager eh schon am *anus mundi* errichten, dann aber noch eine Ausgangssperre draufpacken will, damit die spärliche ortsansässige Bevölkerung nicht den Anblick von spazierenden Asylanten ertragen muss.

Auch das wieder reine Augenauswischerei-Politik: Statt

das Problem anzupacken und ordentlich zu managen, versucht man die Asylwerber aus dem Blickfeld zu drücken.

Der Obmann der Pensionsversicherungsanstalt erklärt, dass die Einnahmen aus den Pensionsbeiträgen nicht reichen, um die von der Regierung beschlossene Pensionserhöhung um 1,5 Prozent zu decken und dass daher aus Steuergeldern der Staatszuschuss erhöht werden muss. Er schlägt vor, nachzudenken, ob die Pensionserhöhungen immer an die Inflation gekoppelt werden sollen. Die Chefs der Seniorenverbände, Khol (schwarz) und Blecha (rot), ehemalige hohe Politiker, schreien Zeter und Mordio. Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, komme überhaupt nicht in Frage, so lautet (in Übersetzung), ihre Reaktion. Der Gedanke, vielleicht eine Zielabwägung zu machen – soll der Staat eher in den Ausbau des Pensionssystems investieren anstatt in Zukunftsprojekte – kommt ihnen nicht einmal im Traum.

Schließlich noch eine schlichte Frage: in welchem Zustand befindet sich ein Gemeinwesen, dass im Jahre 2010 eine extrem rechte Kandidatin erstens von einer ziemlich großen Parlamentspartei in die Bundespräsidentenwahl geschickt wird, zweitens erst dazu gezwungen werden muss, sich wenig überzeugend vom Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu distanzieren?

In Wirklichkeit ein demokratiepolitischer Super-GAU. Aber die offizielle Politik drückt sich um eine klare Benennung dieses Zustandes. Wie sonst ja auch. Die jetzige Politikergeneration glaubt, mit Schmach durchzukommen, gestützt durch Inserate in den Krawallzeitungen.
hans.rauscher@derStandard.at

Subtil heruntergemacht

Betrifft: „Ohne Deutsch-Kenntnisse keine Sozialleistungen“ – Interview mit Michael Spindelegger

DER STANDARD, 5. 3. 2010

Auf Rassismusopfer angesprochen, kratzt Michael Spindelegger so schnell die Kurve zu Integrationsmangel aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, dass zwischen den Zeilen eindeutig zu lesen ist: selbst schuld!

Vielleicht würde es ihm guttun, selbst Integration zu betreiben und auch mit jenen in Kontakt zu treten, die ihn staatsbürgerschaftsbedingt nicht wählen können. Er könnte dann beispielsweise feststellen, wie viele tüchtige Migrantenkinder in bewundernswert kurzer Zeit Deutsch lernen. Auf den Spielplätzen dominiert oft die deutsche Sprache, obwohl sie von eingewanderten Kindern gesprochen wird und viele Migrantinnen stellen verwundert fest, dass ihre Kinder untereinander Deutsch sprechen. Wäre der Zwangs-Deutschkurs der Schlüssel zum Integrationserfolg, müssten wir längst unter integrationsresistenten, nichtdeutschsprachigen EU-Binnenmigranten leiden, die keine „Integrations“-Kurse besuchen müssen und von denen es in Österreich laut Migrationsstatistik deutlich mehr gibt als etwa Türken. Wer die Erfolgsgeschichten der Migranten verschweigt

und Migration in erster Linie als Problem thematisiert, macht sich an der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit ebenso mit schuld wie am Erfolg der Rechtspopulist.

Dr. Harald Buschbacher
1060 Wien

Keine Wiederwahl zulassen

Betrifft: „Fischer und Schönborn zu Rosenkranz“ von Gerfried Sperl

DER STANDARD, 8. 3. 2010

Wenn Herr Schönborn meint: An den Missbrauchsfällen sei die „Sexualisierung“ mitschuldig, so ist er keine moralische Instanz, über Frau Rosenkranz zu urteilen! Realistischerweise hat kaum ein Kandidat gegen einen amtierenden Bundespräsidenten eine realistische Siegeschance. Dementsprechend sollte man zukünftig nur eine einzige (verlängerte) Amtszeit zuzulassen – dann gäbe es immer gleiche Wahlchancen.

Richard M. Koschuta
8020 Graz

Die echte Bildungslücke

Frau Rosenkranz bewirbt sich für das höchste Amt und gibt in Zusammenhang mit dem Verbotsgesetz an, mit dem Wissen zu agieren, das ihrer österreichischen Schulbildung entspricht. Mit der Aussage, sich seither über dreißig Jahre hinweg nicht weitergebildet zu haben, disqualifiziert sie sich selbst ganz von

Beispiel WU: Die Studienanfängerzahl übersteigt die Kapazitäten bereits um das Fünffache. Aber eine Auswahl ist verboten.

Anfang an! Gut nur, dass sie sich und ihre Unterstützer so gleich am Start – für hoffentlich möglichst viele – unwählbar macht!

Hans Lerperger
per Internet

Der Zölibat ist ein Übel

Betrifft: „Priester unter Generalverdacht“ von Dominikus Kraschl

DER STANDARD, 8. 3. 2010

Sicher werden Menschen durch die Unterwerfung unter den Zölibat weder homosexuell, noch pädophil. Es steht für mich jedoch außer Zweifel, dass religiöse Menschen, die sich des Umganges mit ihrer Sexualität nicht sicher sind, bestärkt durch die sexualitätsfeindliche Haltung der katholischen Kirche Hoffnung in eine zölibatäre Umgebung setzen und daher in den entsprechenden kirchlichen Berufen Zuflucht suchen. Oft vergeblich, wie sich weltweit herausstellt. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass z. B. in Gefängnissen sonst heterosexuelle Personen aus physischer Not homosexuelle Handlungen begehen. Eine Abschaffung des Zölibats wäre also insofern von Nutzen, als sexuell labile Menschen sich nicht mehr in der Kirche sozusagen konzentrieren könnten. Dazu kommt der Ehrlichkeitsfaktor. Katholische Priester könnten sich offen zu ihren Frauen und Kindern bekennen. Ingrid Lavee
per Internet